

Zeitung deutscher Bergleute.

Verbands  Organ.

Verantwortlicher Redakteur H. Schilde.
Herausgeber Johann Meyer.
Druck von Frau Jos. Jeup, sämtlich in Gelsenkirchen.

Nro. 31.

Gelsenkirchen, den 31. Juli 1892.

4. Jahrgang.

Was die Gegner thun und sagen.

Sie spotten und lachen laut ob dem Zwist
Und reiben sich fröhlich die Hände —
Und jubeln: „Ein Schauspiel für Götter ist
Der Haber. o, nahm er kein Ende!

Die feindlichen Brüder besorgen es nett,
Was wir zu Stande nicht bringen;
Sie schneiden sich selber in Fleisch und Fett,
Wir können drob lachen und fluchen.

Wascht nur die schmutzige Wäsche so fort
Im großen Versammlungsaal,
Wir lauschen mit Spannung auf jedes Wort,
Mag sprechen es Zeit oder Haber.

Ja, wascht nur — Ihr wascht euch selber vom Plan —
Uns kommt dies trefflich zu Statten;
Zerlegt euch den Ast im Verbannungswald,
Wir loben's, die Melken, die Satten.

Bekämpft euch und habert ohn Unterlaß,
Uns macht es ein höllisch Vergnügen;
Wir haben zu mobeln nur „Dies und Das“
Und brauchen fast gar nichts zu lägen.

Nur immer weiter im Schmutze gewühlt,
Zerfleischt euch wie blasse Hunde;
Die schmutzige Wäsche waschet und spült
Und richtet euch selber zu Grunde.

Wir geben den Suf noch, wo's nützlich ist,
Das Beste besorgt ihr ja selber;
O, laßt ihn nicht fahren, den schönen Zwist
Und murret euch nur ad wie die Rälber.“

Der Boykott.

Nachdem wir gesehen haben, daß die Schantperre sich aus gesetzlichen Bestimmungen nicht rechtfertigen läßt, wird jedem mit Beweiskraft klar werden, daß die Zuerkennung, welche die Arbeiter etwa auf den behördlichen Schatz ihres durch die Gewerbeordnung gewährten Koalitionsrechts (Berechtigungsrecht) zu setzen geneigt sind, durchaus nicht berechtigt ist. Es bedeutet die Maßregel der Schantperre eben nichts anderes, als ein Hindernis in der Bewegungsfreiheit der Arbeiter. Den Wirtzen wird geboten, während der Zeit, wo Arbeiterversammlungen z. B. stattfinden, den Ausgange von Bier und geistigen Getränken zu unterlassen.

Es liegt für diese also eine Geschäftsschädigung vor und man geht nicht fehl, wenn man diese als Voraussetzung zu einer Sozialverweigerung betrachtet. Will ein Wirtz in solchem Falle den geschäftlichen Nachteil vermeiden, so wird er einfach, ob richtig oder nicht, das vorher versprochene Lokal aufbehalten.

Natürlich ist damit auch die geplante Versammlung vereitelt und die Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit somit vollkommen.

Aber noch weitere Fälle sind denkbar. Man spricht so oft von dem russischen Handel, der vornehmlich die Eigenschaften haben soll, die Menschen zu bestechen. Nirgends aber zeigt sich der gleichzeitige Schein des Goldes besser, als gerade in den Fällen, wo es gilt, die Arbeiterbewegung zu erschüttern. Was oft Polizeiwächter nicht vermag, bringt hier der Einfluß der Großen und Reichen zu Stande.

Viele Wirtze giebt es und besonders in dem am fälschlichsten an der ungehinderten Wahrnehmung der vollen Koalitionsfreiheit interessierten Kohlenrevier, welche freiwillig oder auf höhere Weisung von Zwangsgewaltigen ihre Lokale für die Bestrebungen der Bergarbeiter geschlossen halten. Sie sind hierbei noch in dem Wahn befangen, daß die „oberen Schichtangehörigen“ einzig und allein ihre Existenzfähigkeit anrecht zu erhalten im Stande wären und werden in diesem Irrtum nur allzu sehr bestärkt durch die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst. Trotz der entschiedenen Arbeiterfeindschaft, die hierbei zum unverhülltesten Ausdruck gelangt, sind es nämlich nichts weiter als Arbeitergrößen, die den wesentlichen Bestandteil der Substanzmittel für Sozialverweigerung des Gastwirts anmachen.

Sagt abschließend sind es Arbeiter, die alle von jenen Seiten veranlaßten Langzangenbuden und Bastardkeiten besuchen und nicht nach der arbeitserfreundlichen oder feindsinnigen Gesinnung fragen. Gerade in dieser Gleichgültigkeit liegt aber

eine schwere, wenn auch unbewußte Schädigung der ganzen Arbeiterschaft.

Es hiermit einseitig den Weg angedeutet, auf welchem die Arbeiterschaft widerstrebende Gastwirts zu größerer Willfährigkeit zwingen kann, so wird er noch näher bezeichnet durch den Umstand, daß gerade Wirtze, deren Geschäftslage allgemach sehr bebenklich geworden ist, sich nicht so sehr auf den Verkehr der Begüterten und Reichen einrichten, als vielmehr den Besuch der Arbeiter erschweren. Diesem Vorkommnis verbanden gerade an größeren Orten die kräftig organisierten Arbeiter ihre Vortheile in der Lokalfrage.

Aber selbst durch die Behörden werden Fingerzeige gegeben, nach welchen sich die gesamte Arbeiterschaft richten könnte. Sehen wir doch Tag für Tag, daß die Militärverwaltung den Soldaten das Beitreten solcher Wirtzstätten verbietet, in denen Sozialdemokraten verkehren. Dieser Verbot erweist sich allerdings weniger wirkungsvoll, weil eben an den Orten, wo man solche Maßnahmen für erforderlich hält, die Arbeiterschaft kräftig und angeklart genug ist, um die durch das Fernbleiben der Soldaten benachteiligten Wirtze durch zahlreichem Besuch zu entschädigen.

Ein weit größeres Gewicht würde aber in der Anwendung dieser Maßregel seitens der Arbeiter liegen. Die Arbeiter sind, so niedrig ihre Löhne auch stehen mögen, noch immer konsumfähiger wie der Soldat, der mit ca. 25 Pfg. pro Tag haushalten muß und wenn sie daher eine Wirtzstätte meiden, so wird es ihnen gelingen, den Lokalhaber gefügiger zu machen.

Natürlich sind bei solchen Schritten fast die gleichen Vorbedingungen wie bei den Streiks. In erster Linie geschlossene Einheit aller Arbeiter. Ferner aber noch jedes Vermeiden eines unnützen Kraftaufwandes bei solchem Vorgehen. Es wäre beispielsweise verfehlt, wollte die organisierte Arbeiterschaft mit einem Male allen Gastwirtzen am Orte ihre Kundtschaft entziehen. Zunächst muß sich der Boykott gegen einen richten und am besten gegen den, bei dem zuvor hauptsächlich Arbeiter verkehrten.

Sobald diese nunmehr fernbleiben, wird der Wirtz eine empfindliche Schädigung seines Geschäftes wahrzunehmen haben. Er wird merken, daß mit dem Ausbleiben seiner Arbeiterkundschaft seine Konkurrenzfähigkeit, ja sogar seine Existenzfähigkeit stark in Frage gestellt ist. Dabei wird er natürlich nicht zu großen Verklagen fühlen noch Geld hinzuzufügen ohne etwas dabei herauszuschlagen und diese Umstände werden ihn veranlassen, sich mit den Arbeitern verständlicher zu stellen.

Um diesen Zweck zu erreichen wird er anfangs allerlei großartige Zusicherungen und sonstige in die Augen fallende, nichts desto weniger kostbare Spielereien veranstalten, um nur die Zugkraft seines Lokals zu erhöhen. Spezialitäten, Schaulustungen, Konzerte und dergl. werden dann geboten werden. Doch auch das wird vergebene Mühe sein, sobald die Arbeiterschaft konsequent bleibt. Ja die Finanzlage des Wirtzes wird sich durch diesen Aufwand noch mißlicher gestalten, noch verschlimmern und er wird wüthig oder gewaltthätig sich gegen sie zeigen, mit den Arbeitern ein mehr freundschaftliches Verhältnis anzubahnen. Die Noth treibt ihn dazu und die Arbeiter haben Dank ihrer Beharrlichkeit den Sieg errungen. Er wird sich auf alles, was ihm seitens der Arbeiter vorgegeschrieben wird, einlassen und selbst das Auserknecht, wozu er sich früher nie verstehen konnte, sein Lokal zu Versammlungen herzugeben wagen. Dann auch wird er einsehen, daß das längst sein Schaden nicht war und die Arbeiter werden von nun an mit noch größerer Energie und Intensität (Wirksamkeit) die übrigen Wirtze zur Nachgiebigkeit zwingen können.

Einer Verechtigung entbehren solche Maßnahmen durchaus nicht. Solange nämlich Arbeitgeber existieren, die ihre Arbeiter wegen ihrer Ansicht maßregeln, solange die Polizeibehörden und Militärverwaltungen die Maßregeln des Boykotts gebrauchen, so lange hat auch der Arbeiter das gleiche Recht, die welche gegen ihn sind in derselben Weise zu bekämpfen.

Mögen das alle Arbeiter, die unter der Sozialverweigerung zu leiden haben, einsehen und die Waffe des Boykotts in ruhiger aber ausdauernder Weise benützen. Ein schöner Sieg wird ihre geringen Mühen lohnen. Der Erfolg ist gewiß;

„Denn ihr habt die Macht in Händen,
Wenn ihr auch nur einzig seid!“

Hungerlöhne oder Arbeitslosigkeit.

Bei den Bergwerkskapitalisten ist es zur Zeit noch eine Frage, mit welcher von den beiden Elendsmachinationen, Hungerlöhne oder Arbeitslosigkeit, sie die Bergleute wahrregeln wollen. Eine von diesen beiden soll aber in praxi kommen, das ist — nach Nr. 199 der „M.-B.-Z.“ — bis soweit klar. Ein anderer Ausweg ist von den Bergwerkskapitalisten absolut nicht anzufinden; denn der Selbst, dieser endlos schwellende Bandwurm, das gefährlichste Skript für alle Arbeiter, aber Heiligkeit des Kapitalismus, das darf keineswegs nicht in die Mäglichkeit gerathen, in Zukunft keine Dividenden zu zahlen.

Mit einer tabellarischen Hülfe, und Grafiken-Anzeichnung wird ein erbärmlicher Artikel in oben genanntem Blatte eingeleitet. „Erbsärmlich!“ sagen wir, denn es kärmlich ist es, für die Produkte der letzten durch anarchische Profitwuth herbeigeführte Krise die Bergleute bluten zu lassen; wie es in dem von Bäge und brutaler Geschäftlosigkeit frohen, den Nachwort kapitalistischer Solbschreiberei angeordnet wird, und von verschiedenen Seiten schon ausgeführt ist.

Es liegt das Kohlenunterblatt mit seiner Ausführung: „3. B. Jetzt handelt es sich darum, ob 20,000 mehr oder weniger Arbeit haben sollen und die übrigen auskömmlichen Lohn oder nicht.“ Mit Nichten handelt es sich um derartige Menschenkinder, sondern vielmehr darum, daß die Bergwerkskapitalisten ihren hohen, wirklich hohen Kleinverdienst, den sie bis zum Schlusse des II. resp. III. Quartals des Jahres 1891 — nach oben erwähntem Artikel — eingesackt haben, jetzt fahren lassen, solange die Krise anhält, die nur sie und nur sie allein, durch ihre unverständliche Profitwuth, sozusagen an den Haaren herbeigezogen haben und für welche sie auch die Folgen tragen müssen.

Den Beweis dafür, daß die jetzige Krise tatsächlich an den Haaren herbeigezogen wurde, erbringt die Tabelle im betr. Artikel selbst, indem sie folgende Uebersicht bringt:

Quartal	Arbeiter	Förderung Tonne	Leistung pro Mann
1891 I.	134,642	8,917,000	66,2 Tonne
II.	135,270	8,896,000	65,8 „
III.	138,888	9,808,000	70,6 „
IV.	145,604	9,777,000	67,1 „
1892 I.	144,014	8,903,000	61,8 „

... daß, noch bis in das II. Quartal von 1891 hinein, „geradezu Kohlennoth vorhanden war“ heißt es in den Ausführungen zu obiger Tabelle. Also war mit dem Schlusse des II. Quartals schon voranzusehen, daß, da der derzeitigen übermäßigen Anforderung an den Kohlenmarkt abzugehen war; ein ferneres Sentenarlegen verbot sich da von selbst. Aber was zeigt die Tabelle? Das Gegentheil; ein stetiges Steigen der Arbeiterzahl und des Förderquantums; als wenn die Kohlennoth, welcher mit der jetzigen Arbeiterzahl Rechnung getragen war, sich nicht nur gleichmäßig fortgesetzt, sondern sogar noch im Steigen befunden hätte, wo doch die Nachfrage nach Kohlen mit Schlusse des II. Quartals, nach eigenen Erklärungen, schon im Sinken begriffen war. Aber trotzdem immer mehr Leute angelegt, immer mehr gefördert; als wenn ihnen der Teufel im Gehirn gespuht hätte, und jetzt — haben sie die Krise! die Krise an den Haaren herbeigezogen! Jetzt heißt es bei ihnen „Hungerlöhne (Gebührengreduktion und Mindereförderung) oder Arbeitslosigkeit (Massenentlassungen)!“

Ferner zeigt die Tabelle, daß die Leistung pro Mann im 3. Quartal höher ist als im 2. Quartal, und doch sind im 3. Quartal schon Frierischichten eingelegt! Weniger Schichten und mehr gefördert; also sind die Arbeiter von den unproduktiven Punkten weg nach den produktiven Punkten (wo es Kohlen gab) verlegt; sonst hätte die „Leistung“ nicht erhöht werden können. Eine Manipulation, die nur dazu dienen konnte, die Zeit des über großen Profites möglichst zu verlängern (und — eventuell noch eine Wertschöpfung hinterher zu treiben); denn geriebene Jobber verlaufen auf Grund der letzten künstlichen Haufe (Anfang, flatter Geschäftslage) ihre Anteilsscheine und lassen die Dammern damit „einstreuen“ hereinfallen. Diese letzte Mache, zur Mitleistung (Mehrförderung) durch Verlegung der Leute an produktive Punkte, war aber das Geegneiste, die Krise zu beschleunigen und äußerst wirkungsvoll zu machen. Das Geseb der Bergleute, welches daraus resultiert (herborgeht) scheint aber keine Kapitalistenfelle zu rühren.

In wie weit sie sich mit dem Boose der Bergleute befaßen, zeigen deutlich folgende Zellen aus dem betr. Artikel.

Wenn nun die Gruben eine noch schärfere Einschränkung der Kohlen und damit auch der Kohlenproduktion hätten herbeiführen wollen, so wäre das nur möglich gewesen durch ein weit umfassenderes Ablegen von Renten, denn die Leistung noch unter 61,8 t pro Quartal sinken zu lassen ist doch einfach unmöglich. (Die Leistung pro Mann 61,8 t im Quartal ist aber immer noch die hoch normale von 18 Str. pro Schicht, durchschnittlich pro Quartal 67,5 Tonnen; das

Weniger von 5,7 t im 1. Quartal 1592 rührt von den Fehlfahrten und dem Mangel an leeren Wagen her. (D. Reb. d. Btg. d. B.) Es wird das aber so wie so noch notwendig werden (d. h. das weit umfassendere Ablegen von Eisen d. Reb. d. Btg. d. B.) Die von der Eisenbahnverwaltung z. B. verlangte und von den Zügen gewählte weitere Preisermäßigung (der Fiskus zahlt heute für seine im Preise bedeutend ermäßigten Lokomotivkohlen noch mindestens 8 Mark pro Tonne D. Reb. d. Btg. d. B.) läßt sich nur auf dem Wege der erhöhten Leistung bei ermäßigten Löhnen schaffen. (D. h. zu deutsch: Leute ablegen — sonst kann die Leistung nicht erhöht werden, da ein größeres Förderquantum einfach keinen Absatz findet — und Gebirge herabsetzen D. Reb. d. Btg. d. B.) dann muß aber ein gewisses Förderquantum (muß heißen: „Abfahrtsquantum“ oder „Meileleistung“ pro Mann und Schicht D. Reb. d. Btg. d. B.) vorhanden sein; denn sonst stürzen die monatlichen Zinssummen zu tief herab oder es müßte n Arbeitereinstellungen in einem Umfange von mindestens 25 000 Mann stattfinden, welche im Interesse des ganzen Landes (sonderbar!) doch tief zu beklagen wären. (Sollten bei diesem Maße nicht Arbeitslosen vergossen sein? D. Reb. d. Btg. d. B.) Sowohl die Produktions- wie die Preisfrage steht also im Augenblick für die Kohlenindustrie direkt in die Frage der Anzahl der beschäftigten Arbeiter und deren Löhne um. (So ist der Gehalt soll nicht herhalten sondern nur die Vergleute D. Reb. d. Btg. d. B.) Die anderen Gewerbe können nicht verlangen, daß der Bergbau, wie früher, den schon gewaltig geschnittenen Gewinn (Wie unmäßig muß demnach der Gewinn vorher gewesen sein, wenn sie jetzt noch soviel verdienen, daß der reine Überschuss gleich ist der Summe, die den Vergleuten als Lohn ausbezahlt wird D. Reb. d. Btg. d. B.) ganz aufgiebt oder mit Schäden arbeitet, um seinen Abnehmern die Lage zu erleichtern. (Wie selbstlos! Den Abnehmern die Lage erleichtern!!! Jedenfalls müssen diese Kraft des Kohlenpreises den höchsten Preis, der nur herauszuschlagen ist, zahlen, das versteht sich schon nach der Position vor selbst! Darum muß es auch nicht heißen „Lage“ sondern die Taschen der Abnehmer zu erleichtern und nicht dieser allein, sondern in erster Linie die der Vergleute D. Reb. d. Btg. d. B.)

Mit brutaler Gefährlichkeit wird also der gesamten Bergmannschaft eine von den beiden Elendsausichten vorgelegt; entweder Hungerlöhne oder für ca. 25 000 Vergleute Arbeitslosigkeit, wo schon (gegen früher) bereits 8000 Mann von der Grubenarbeiterschaft entfernt sind. Das wäre eine Summe von 33 000 Menschen ausmachen, die mit verschwindenden Ausnahmen nicht wissen, wo und wie sie sich sättigen sollen.

Solche elenden Zustände heraufzubeschwören, in anarchischer Weise zum „natürlichen“ Geschäftsprodukt zu machen, das versteht sich nur die blinde und profitwütige privatkapitalistische Wirtschaftsordnung. Mit spähenden Blicken sucht sie überall den Hebel, d. h. der ev. Verminderung ihrer Dividenden abzuweichen und schlägt in dem in Frage stehenden Artikel der Staatsverwaltung vor, den Ankaufsmehrwert für Eisenfrachten (Minettefrachten) nach der Ruhr zu ermäßigen, damit der Ruhrkohle direkt an Ort und Stelle zum Verbrauch bei Herstellung des Thomaaseisens gebracht werden kann; wodurch entweder der Ruhrkohle sich besser bezahlt macht, oder der Ruhr im Thomaaseisen erzielt würde. Auch würden die Waggon, die jetzt nur Kohlen und Holz vom Ruhrgebiet holen und auf dem Linwege sehr oft leer laufen, dann stets befrachtet sein.

Es ist dies aber nur ein Palliativmittelchen und der Nutzen davon würde auch ausschließlich nur in die Taschen der Kapitalisten fließen; dennoch wünschen wir, daß die Staatsverwaltung darauf eingeht und zwar sofort eingeht, damit wir dann auf Grund dieser Vergünstigung als Gegenbedingung derselben Forderungen stellen können, daß 1. die Hungerlöhne aufgehoben werden und keine Gebührenerhöhungen mehr erfolgen und 2. die bereits entlassenen Leute wieder eingestellt und keine Entlassungen mehr vorgenommen werden.

Sieht man aber ruhig zu, wie das Elend über die Vergleute durch die Bergwerkskapitalisten verhängt wird, treiben letztere ihre Profitwut und den Dividendenhunger zur Verleumdung der großen Bergarbeitermasse bis auf eine Höhe, wie sie der angelegene Artikel andeutet, alsdann könnten leicht Zustände eintreten, die keiner zu verantworten wagt. Und doch muß die Klasse der Bergwerksunternehmer mit der Staatsregierung die Verantwortung tragen; die Staatsregierung bestreitet und schützt die kapitalistische Produktion; letztere verurteilt die Kräfte! Es ist ein schreckliches Unrecht, die Dividenden durch unantastliches Hochrechnen unmäßig zu erhöhen und hinterher bei der Krise dann noch einen gewissermaßen modernen Normalgewinn zu verlangen, der dann aus den ohnehin schon geschundenen Vergleuten nur herausgepreßt werden kann durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit.

Das bereits heringebrochene und noch weiter hereinbrechende Elend zu beenden, ist die brennendste und unabwiesbare Aufgabe. Der Dividendenhunger muß herabgesetzt werden, weil er das Elend verschärft hat und noch weiter zu treiben sich ansetzt. Aber die Massen zu verelenden, ohne daß voll Kapitalisten wegen, das ist ein Hohn auf unsere Kultur und eine direkte und wirkungsvolle Aufreizung der großen Bergarbeitermasse.

Internationale Bergarbeiterbewegung.

Deutschland.

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier liegen die Vergleute über Herabsetzung der Gebirge. Eine in Essen stattfindende Belegschaftsversammlung der Zechen Hertzfeldt beschloß ein Gesuch an den Herrn Schwarte-Franke am Abstellen bestehender Mißstände auf genannter Zeche richten. Ein Schreiben dieser Art ist bereits schon abgegeben, aber leider ohne Verantwortung geblieben. Es werden im Laufe der Versammlung verschiedene Klagen vorgebracht. Man beschwerte sich zunächst über die Herabsetzung der Gebirge. Früher sei für einen großen Wagen 85 Pfg. gezahlt, jetzt erhalte man nur 40, 50, ja

auch wohl mal noch 60 Pfg. Bisher hatte man geglaubt, die Wagen enthielten nur 12 Schefel; nun sei aber durch Nachmessen erwiesen, daß dieselben 14 1/2 Schefel enthalten. Auch die jetzige Bauführung in den Gruben wurde scharf kritisiert. Dieselbe sei unpraktisch, zu kostspielig und zu lebensgefährlich. Jetzt würden Schienentrassen, Pfeiler und Ort 2 zusammen genommen, während früher erst Ort getrieben und dann die Pfeiler zurückgeholt worden wären. Ferner beschwerte man sich über das zu frühe Anfahren, über Erhaltung der Grubenhölzer von Seiten der Arbeiter und über die Behandlung durch ungeschulte Beamte. Auch die schlechten Fahrten in manchen Grubenbetrieben wurden erwähnt. Zum Schluß gelobte man das Denunziantentum unter den Vergleuten.

Die Verwaltung der Zeche „Hertzfeldt“ in Essen hat über 100 Vergleuten gekündigt, weil dieselben in einer Versammlung in unruhmiger Weise Mißstände auf der Zeche rügten. Die Belegschaftsversammlung am 17. ds. Mts. beschloß hiergegen bei dem Werke Franke vorstellig zu werden.

Das ist die echte und rechte brutale kapitalistische Unverschämtheit, Arbeiter deshalb, weil sie Mißstände im Betriebe, die ihnen ihr Dasein erschweren, wohl gar Gesundheit und Leben kosten können, rügen und deren Abstellung verlangen, aus der Arbeit zu entlassen, d. h. sie mit der Hungerpeitsche regalisieren.

Amerika. Im Westen der Vereinigten Staaten (Washington) sind heftige Arbeiterunruhen ausgebrochen. Schon seit Februar dieses Jahres liegen die Arbeiter der San Francisco- und Com-Minen mit ihren Unternehmern im Zwiste, da diese bedeutende Lohnreduktionen durchzuführen beabsichtigen. Die Unternehmer wollten zuerst die Bergwerke einige Zeit ganz außer Betrieb setzen, um die Arbeiter zwingen zu machen, später versuchten sie mit Arbeitern, die nicht den Gewerksvereinen angehörten, die Tätigkeit wieder aufzunehmen und selbstverständlich erregte dieses Vorgehen die schrecklichste Wut der Gewerksvereiner (Unionisten). Gegenseitige Drohungen verstärkten dieses Verhältnis, und schließlich zogen die Gewerksvereiner bewaffnet gegen das San Franciscowerk, das dicht an der Mine liegt. Kaum waren sie in Schußweite, als eine Salve aus der Fabrik in ihre Reihen fuhr. Ein regelrechtes Feuergefecht entspann sich und auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Unterdessen erschienen einige Unionisten einen Mahang hinter dem Bergwerk, beladen einen Karren mit Dynamitpatronen und ließen ihn bergab laufen. Er traf auf die Fabrikmauer und eine furchtbare Explosion erfolgte, die schreckliche Zerstörungen anrichtete. Jetzt war es mit dem Werk der „Wachhaus“ (der Arbeiter, welche nicht dem Gewerksvereine angehören) vorbei; sie hielten die weiße Flagge, ergaben sich und wurden im Triumphzug nach dem Gesellschaftshause der Unionisten gebracht. Auch auf der Com-Mine hatten die Gewerksvereiner nach hartem Kampfe gesiegt und schleppten siegreich ihre Gefangenen herbei. Darauf aber wurden von dem Gouverneur des Staates Idaho die Regierungstruppen in das Kampfgebiet geschickt; und diese nahmen nach heftigen Kämpfen die Hauptkräfte der Unzufriedenen ein. Diese drohen nun, die Bergwerke in die Luft zu sprengen. Angeblickt sind bereits zwei derselben durch Dynamit zerstört und verölt. Die Zahl der Toten und Verwundeten hat bis jetzt noch nicht festgestellt werden können. Die Vergleute drohen weiteren Widerstand zu leisten und führen mehrere Direktoren als Geiseln mit sich.

Im Homestead geht daselbe Schauspiel unter den Hütten- und Walzwerkarbeitern vor sich. Hier ist es die brutale Profitwut und Gier nach einem Großindustriellen, welche die Arbeiter zum Aufstand gezwungen hat. Der Bewegungsfreiheit seiner Arbeiter suchte dieser amerikanische Eisenhügel zu unterdrücken. So verbrannte er nach und nach die bei ihm beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder und verurteilte es dabei meistens seine Profitrate von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Mit welchen Löhnen er seine Arbeiter bezahlte, geht aus folgender Zusammenstellung hervor: 800 Arbeiter erhalten ca. 70 Pfg. die Stunde, die übrigen 4600 aber ca. 60 Mark (15 Doll.) die Woche, viele selbst ca. 80 Mark (20 Doll.). Die Arbeiter behaupten indessen, daß ihre Kollegen in anderen Stahlwerken ein Drittel mehr bekommen und begründen bei der Instabilität des Carnegie'schen Unternehmens in vollständig gerechtfertigter Weise ihre Lohnbewegung.

Rundschau.

— Die Direktion der Mannsfelder Gewerkschaft bestätigt, daß der Martin Schacht und der Otto Schacht völlig erkrankt sind, sowie daß die Entlassung von 1000 Arbeiter erfolgen soll.

— Die englischen Wahlen zum Unterhause haben einen kleinen Vorteil für die organisierten Arbeiter gebracht. Auch sie erhielten mehrere Sitze. Es war das nur zu natürlich, da sich die bürgerlichen Parteien derartig in den Haaren lagen, daß der Arbeiter als laßender dritter des Erbauischen genug hatte. Schon die ersten Nachrichten über die Wahlergebnisse haben den alten Gladstone zu bedenklich gestimmt, daß er, der sonst ein entschlossener Gegner der 8 Stunden Bill gewesen war, sich etwas günstiger dieser Frage gegenüber ausgesprochen hat. Der höchst wahrheitsvolle Wortlaut seiner darüber angefertigten Betrachtung lautet:

„Das Astenmeeting im Hyde Park hat sich für den gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag ausgesprochen. Mir scheint das der Ausdruck eines unbestimmten, ich möchte sagen, unartikulierten Gefühls zu sein, welches selbst und gerecht ist. Der Arbeiter hat die Empfindung, daß bisher die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital, die Verteilung des Nutzens der Produktion nicht ganz nach Billigkeit erfolgte. Das Kapital hat zu viel gehabt, die Arbeit zu wenig. Wenn eine solche Stimmung besteht, so wird sie, wie die menschliche Natur nun einmal beschaffen ist, eine Art und Weise des Ausdrucks finden, die vielleicht nicht immer logisch und philosophisch ist. Man sollte sie jedoch in den Einzelheiten nicht zu scharf beurteilen.“

Man sollte sich nicht damit begnügen, zu zeigen, daß es verfrüht und vielleicht unmöglich ist. Am Vernünftigen und Wesentlichen der Forderungen der Arbeiter sollte man festhalten und ihnen helfen, auf dem erwählten Wege fortzuschreiten.“

So rügt die organisierte Arbeiterschaft dem Bürgerthum ein Zugeständnis nach dem andern ab. Jede bürgerliche Partei, welche sich am Ruder behaupten will, muß den Arbeitern entgegenkommen. Man wird sich erinnern, daß die Zehnstundenbill von 50 Jahren das Produkt des Wettstreites zwischen Liberalen und Konservativen war. Jetzt sind die Verhältnisse ähnlich, und wenn die englischen Arbeiter die Situation, welche sie beherrschen, mit dem zu allen Zeiten von ihnen bewiesenen Geschick auszunutzen, so erlangen sie diesmal wirklich die Ahtstundensbill. —

Aus dem Kreise der Kameraden.

Gesentkirchen. Persönliche Streitigkeiten in den Spalten unserer Zeitung zum Austrag zu bringen, ist sonst unsere Sache nicht. Wenn wir indessen hierbei eine Ausnahme von der Regel machen, so geschieht es nur deswegen, weil wir durch Stillschweigen die Unklarheit, welche zum Teil in der vorliegenden Frage vorherrscht, begünstigen würden. Es handelt sich um die Erklärung des 1. Vorsitzenden des Verbandes deutscher Vergleute D. Schröder und die Erwiderung des Vorstandsmitgliedes J. Margraf in den früheren Nummern dieser Zeitung. Die Erklärung des Vorsitzenden war hervorgerufen durch eine Notiz in der Nr. 82 der „Gesentkirchner Arbeiterzeitung“ resp. „Volksstimme“, in der dem 1. Vorsitzenden Unfähigkeit zur Leitung der Geschäfte vorgeworfen wurde, weil derselbe eine Vertrauensmännerversammlung für Rheinland und Westfalen in Dortmund nicht zuvor verhindert hatte. Abgesehen von der darin liegenden Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, erwidert aber der Vorsitzende der Berechtigung, weil er von der Voraussetzung ausgeht, daß Schröder diese Konferenz schon so zeitig hätte bekannt sein müssen, um die Einberufung unmöglich zu machen. Ferner aber ist die Auslegung des § 4 des Verbandsstatuts, wie sie in der Erwiderung des Vorstandsmitgliedes J. Margraf besteht, eine mindestens sehr gewagte. Ueber die gesonderten Befugnisse des Vorsitzenden besagt nur der erste Abschnitt folgendes:

„Der Vorsitzende des Central-Vorstandes vertritt den Verband nach innen und außen, leitet die Vorstandssammlungen, die General- und außerordentlichen Generalversammlungen.“

Mit keinem Wort ist darin also von einem verbotenen Eingreifen des Vorsitzenden die Rede, wohl aber läßt sich das als selbstverständlich voraussetzen. Wir sind nun der Ansicht, daß nicht nur der Vorsitzende, sondern jedes Mitglied und besonders jedes Vorstandsmitglied hierzu beugt und verpflichtet ist. Wie daher das Vorstandsmitglied J. Margraf etwas von einer Konferenz oder Stellvertreter, so wäre es seine Pflicht gewesen, ebenfalls verbotenen eingzugreifen und nicht wie es bedauerlicher Weise geschehen ist, als Redakteur in seiner Zeitung den 1. Vorsitzenden für seine eigene Unterlassungssünde der Unfähigkeit zu zeigen, zumal da er nicht sicher behaupten konnte, daß Schröder überhaupt von der Einberufung der Konferenz etwas wußte oder eine dahinter stehende Stellvertreter vermutete. Der Vorwurf der Unfähigkeit fällt also auf den zart, der ihn in der Öffentlichkeit, ohne seinen Einfluß an richtiger Stelle und zu rechter Zeit geltend gemacht zu haben, erhoben hat und das ist also das Vorstandsmitglied J. Margraf. Davon vermag ihn auch die Tatsache nicht zu reinigen, daß er in Dortmund alle Zweifel und Vermutungen durch sein persönliches Eintreten zerstreut hat, denn dieses geschah erst am Sonntag den 17. ds. Mts., also also die Nr. 82 der „Gesentkirchner Arbeiter-Zeitung“ resp. der „Volksstimme“ bereits 3 oder 4 Tage verbreitet war, also lange post festum (nach dem Fest d. h. zu spät).

Was die Frage des Vertrauensbruchs, gegen welchen das Vorstandsmitglied J. Margraf die Druckfirma in seiner Zeitung und der von uns gedruckten Erwiderung zu verhängen sich veranlaßt sieht, anbetrifft, so rechtfertigt das einerseits das Verhalten des Herrn Margraf durchaus nicht, andererseits aber ist durch Augenzeugen zu beweisen, daß während der Drucklegung der „Zeitung deutscher Vergleute“ das Vorstandsmitglied und der Redakteur J. Margraf von einer Person, deren Namen wir hier verschweigen wollen, extra darauf aufmerksam gemacht worden ist. Es ergibt sich also hieraus, daß der von Schröder erhobene Vorwurf eines öffentlichen Vertrauensbruchs nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern daß er auf ganz zuverlässiger Grundlage sich stützt, wozu noch beiträgt, daß diese Freibeuterei bei der bisherigen Druckfirma durchaus nichts neues ist.

Notiz. Galtet den Bente! zu! so rührt in bezeichnendem Tone das Schienenfaher-Organ, das „Rheinisch-Westf. Tageblatt“ und begründet diesen Stoßfänger im Anschluß an unsere Zurechtweisung in voriger Nummer folgendermaßen:

„So lange es noch möglich ist, daß eine Anzahl von Menschen, die nach dem klassischen Zeugnis des Herrn Jomp Tage und Nächte hindurch im Wirtshaus liegen, von den Arbeitern vollständig unterhalten werden; so lange es noch vorkommen kann, daß von den sauer erworbenen Groschen der Arbeiter ohne Wissen dieser zahlenden Arbeiter große Summen verklebt werden können; so lange es nicht ausgeschlossen ist, daß ein Mensch an den Groschen der Arbeiter einen solchen Verdienst hat, daß ihm monatlich nicht weniger als 100 M. abgezogen werden dürfen; so lange ist es dringend nötig, daß den beehrten Arbeitern die Mahnung zugehen wird: „Galtet den Bente! zu!“

Wir bemerken hierzu, daß von den in dieser Notiz niedergelegten Behauptungen der größte Teil nicht nur nicht erwiesen, sondern sogar erlogen ist. Kennzeichnend für die moralische Höhe des „Rhein.-Westf. Tageblattes“ ist es allerdings, daß es in seiner Verleumdungssucht mit solchen Sentenzen, die Berührungspfunden, auch ohne den Beweis der Wahrheit dafür zu erbringen, noch etwas besser vorstehen und deren

Behauptungen als „Kassische Zeugnisse“ betrachtet. Man sieht: das Ermöglichte macht Schule! Im Uebrigen bleibt doch hierbei zu bedenken, wer denn eigentlich von den Arbeitergroßen lebt. Die Beamten des Verbandes und Consumvereins allerdings! Dafür wirken sie auch für die Arbeitersache und müssen sich, wenn sie, die doch keineswegs unerschöpfbar sind, nützlich handeln, den härtesten Tadel gefallen lassen. In noch größerem Maße aber schaden doch die Kapitalisten und die ganze Meute ihrer lauscheiligen Presselacke etc. ebenfalls das von Arbeitern verdiente und aufgebrauchte Geld. Darin sind wir denn auch allerwärts mit unserem Kollegen, dem Rhein-Wesf. Tageblatt, einverstanden: So lange es noch Reute gibt die von den Großen der Arbeiter leben und diese dafür ausbeuten, so lange es noch Goldschreiber und Verleumdung gibt, die von den Großen der Arbeiter leben und trotzdem diese mit jedem Federstrich, mit jeder Silbe vernichtend, solange rufen wir den Arbeitern mahnen zu: Haltet Euch vor falschen Freunden, vor den Kapitalisten und deren Presselacke und haltet diesen gegenüber den Deutlichen!

Bochum. Ein Vertrag zu den traurigen Folgen der Unglücksfälle auf den Bergwerken ist nachstehender Fall:

Der Bergmann Fr. Ridger zu Bochum bekam Anfangs 1890 bei einer Explosion schlagender Wetter starke Brandwunden, besonders an den Händen. Nach Ablauf der Karenzzeit erhielt derselbe 100 pCt. der Unfallrente, also 66 2/3 pCt. (2/3) seines Durchschnittslohnes; vom 1. Juni 91 an 80 pCt. und vom Schluß Januar 92 an, nachdem eine Ärzte-Kommission in dieser Angelegenheit den Unfall beurteilt hatte, nur noch 40 pCt.; also 2/3 mal 40 = 26 2/3 pCt. seines Durchschnittslohnes. Das Schiedsgericht bestätigte diese Maßnahmen, aber das Reichsgericht, in dessen Termin Fr. Ridger persönlich anwesend gewesen, legte zur Reute wieder 10 pCt. bei.

Da Fr. Ridger etwas über 100 M. als Durchschnittslohn berechnet erhalten hat, so stellt sich seine jährige Einnahme von der Unfallversicherung zu 33 bis 34 M. Da Fr. Ridger thätig in hohem Grade arbeitsunfähig ist, hat selbst das Reichsgericht, bei welchem Ridger seine Hände und Arme vorzeigt, genügend erkannt; darum auch die Reute um 10 pCt. erhöht. Der Beschädigte, der mit den Händen dauernd zu arbeiten jetzt absolut außer Stande ist, hat zur Zeit eine Nebenverdienst durch Auftragen der Zeitung, wodurch seine Einnahme bis auf 60 bis 65 M. erhöht wird; das ist alles! Was im glücklichsten Falle eines Nebenverdienstes; sonst könnte er mit seiner Familie verhungern, trotzdem er seine Haut zu Markte getragen.

Der Verletzte hat also durch seinen Unglücksfall eine allermöglichst um 50 pCt. der Reute, oder bei Berechnung des Nebenverdienstes um 1/3 seines Durchschnittslohnes verminderte Einnahme. Dabei schleppt er außerdem nun seine Verletzung durchs Leben hindurch bis zum Tode. Das ist der Segen des deutschen Bergbaues trotz Knappschaftsfrage und Unfallrenten, sofern einem Bergmann ein Unglück bei seiner Berufsarbeit überkommt.

Eine ganz besondere Verbesserung der Lage verletzter Bergleute ist aber mit der Einrichtung der Unfallversicherung doch zu Stande gekommen — Fr. Ridger hat den Vorschriften zur Invalidisierung Genüge leisten müssen in derselben Weise wie früher, als es noch keine Unfallversicherung gab. Dafür erhielt nun auch die Knappschaftsfrage dem Verletzten (soviel, ca. 4 M., daß er in Summa dasjenige erhält, was er als einfacher Invalid ohne Unfallrente zu bekommen hätte. Die Unfallversicherung wirkt also insofern segensreich, daß sie gestattet, um die Reute lange Prozesse zu führen und — gegen die früheren einfachen Knappschafts-Verhältnisse ein ca. doppeltes Verwaltungspersonal bezahlt! Das ist der neueste Segen dieser neuen Wohlfahrtsanordnung. Die Reute aus der Unfallversicherung ist in diesem Falle allerdings kleiner als die Summe des Invaliden- und Kindergebühres; aber die Knappschaftsfrage legt ja zu; einen Schaden kann demnach den verletzten Bergmann nicht treffen. — Einen Schaden bietet aber die Unfallversicherung direkt pekuniär denjenigen Knappschaftsältesten, die beim Schiedsgerichte gezogen werden; solche können und bringen es mit ihrer Knappschaftsältesten-Kommunikation bis zu 900 M. jährlich. Ein hinreichender Grund dazu, gern Oberälteste zu werden. — Daß die übrigen Verwaltungsbeamten „ordentlich“ bezahlt werden, versteht sich von selbst. Und gerade hierzu besteht eine der segensreichsten Wirkungen der Unfallversicherung.

Gänzlichfeld. Selig sind die Darmherzigen. In der unter dieser Stichmarke in Nr. 27 dieser Zeitung gedruckten Notiz ging uns folgendes Schriftstück zu:

„Wattenfeld, den 18. Juli 1892.
Mit Bezug auf einen in Nr. 27 der „Zeitung deutscher Bergleute“ vom 2. d. Mts. unter der Spitzmarke: „Selig sind die Darmherzigen“ erschienenen Artikel ersuchen wir Sie auf Grund des Preßgesetzes folgende Berichtigung anzunehmen;

1. Seiber besitzen wir keine drei Nähmaschinen, sondern nur eine.
2. Das Nähzimmer ist ein besonderes Zimmer, nicht durch eine spanische Wand von den Krankenbetten getrennt.
3. Der Besucher, den man unwillkürlich auskunftswise zu einer Nicht-Besuch-Zeit verweisen hatte, ist weder hinausgewiesen noch hinausgeworfen worden, sondern hat sich nach etlichen Stimpfereien seinerseits ganz von selber entfernt. Hiernach möge jeder unbefangene Leser sich sein Urtheil über den übrigen Inhalt des Stückes bilden.

Der Vorstand
des evangelischen Krankenhauses Lutherstift
Wattenfeld.

J. A.
Engelbert, Pfarrer.“

Vorstehende Mittheilung kann nur zum Theil als Berichtigung bezeichnet werden und war erstens nur in soweit, als die Zahl der Nähmaschinen dabei in Frage kommt, zweitens aber in soweit, als es sich um das freiwillige Entfernen des Besuchers handelt. Im Uebrigen ist wohl behauptet, daß das Nähzimmer ein Raum für sich, nicht durch spanische Wand von den Krankenbetten getrennt sei. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß an dem fraglichen Tage gerade dieses Zimmer benutzt worden ist. Wir können nicht annehmen, daß unser Gewährsmann sich derartige Behauptungen aus den Fingerzipfen gezogen haben soll und halten es ebenso gut für möglich, daß die drei darmherzigen Schwestern ihre Arbeitsstätte auch mal im Krankenzimmer aufgeschlagen haben. Jedenfalls war das Kassen und Klappern der einen Nähmaschine so stark, daß der Besucher dieses Geräusch hinter der im Zimmer befindlichen spanischen Wand vernahmte. Abererseite aber scheint, selbst wenn diese Arbeit in einem besonders dafür bestimmten Raum ausgeführt wurde, dieser keineswegs so gelegen oder beschaffen zu sein, daß eine empfindliche Störung der Kranken vermieden wurde. Daß überhaupt den Nerven der Leidenden schon etwas zugenüthet zu werden scheint, erhellt am besten aus den Worten des Berichtigers selbst. Er höhet nämlich den Klageausrufer aus: „Leider besitzen wir keine drei Nähmaschinen, sondern nur eine!“ Für uns, die wir noch im Besitz lieblich kräftiger Nerven sind, genügt der Stand, den eine im Saufen befindliche Nähmaschine verursacht, vollkommen und wir sind überzeugt, daß das bei kranken Personen sogar bis zum Ueberdruß der Fall sein wird.

Wir können nicht annehmen, daß unser Gewährsmann sich derartige Behauptungen aus den Fingerzipfen gezogen haben soll und halten es ebenso gut für möglich, daß die drei darmherzigen Schwestern ihre Arbeitsstätte auch mal im Krankenzimmer aufgeschlagen haben. Jedenfalls war das Kassen und Klappern der einen Nähmaschine so stark, daß der Besucher dieses Geräusch hinter der im Zimmer befindlichen spanischen Wand vernahmte. Abererseite aber scheint, selbst wenn diese Arbeit in einem besonders dafür bestimmten Raum ausgeführt wurde, dieser keineswegs so gelegen oder beschaffen zu sein, daß eine empfindliche Störung der Kranken vermieden wurde. Daß überhaupt den Nerven der Leidenden schon etwas zugenüthet zu werden scheint, erhellt am besten aus den Worten des Berichtigers selbst. Er höhet nämlich den Klageausrufer aus: „Leider besitzen wir keine drei Nähmaschinen, sondern nur eine!“ Für uns, die wir noch im Besitz lieblich kräftiger Nerven sind, genügt der Stand, den eine im Saufen befindliche Nähmaschine verursacht, vollkommen und wir sind überzeugt, daß das bei kranken Personen sogar bis zum Ueberdruß der Fall sein wird.

Offen. Wehe dem Besiegten, so lautet die Ueberschrift eines Artikels, der dem früheren Redakteur dieser Zeitung, Louis Rühl, 50 M. oder 10 Tage Gefängnis kosten sollte (vergl. Nr. 10 d. M.). In diesem Sinne hatte nämlich das Landgericht hier selbst entschieden. In der Begründung des Urtheils war gesagt worden, daß der Missethäter der Verleumdung der Regierung zu Arnberg schuldig sei. Hiergegen hatte der Verurtheilte Revision beim Reichsgericht eingelegt und zwar mit Erfolg. Das Landgerichtsurtheil wurde zur nochmaligen Verhandlung an die Essener Strafkammer zurückverwiesen, weil wohl für die Beamten der Regierungsbezirks Arnberg, nicht aber für die vorgelegte Behörde, die Regierung selbst der Strafantrag gestellt worden war. Die Frage der Verleumdung der Beamten war also in dem verworfenen Urtheil nicht näher berührt und wird nun bei nochmaliger Verhandlung jedenfalls zur Entscheidung gelangen. Offenlich und wahrscheinlich wird dieser Prozeß nunmehr mit völliger Freisprechung enden, da eine ganze Reihe von Uebertretungen seitens der Polizei- und Gensdarmereibeamten nachgewiesen waren. Nach dreimaliger Verhandlung war die Strafkammer zu der Verurtheilung gelangt. Bei allen Terminen war die Zahl der Zeugen eine recht beträchtliche und die Bergarbeiter-Schaft wird nunmehr nochmals Gelegenheit haben, die vierte Verhandlung dieses interessanten und seltenen Prozesses zu erleben.

Offen. Guter Rath ist theuer und besonders in Zeiten der Bedrängnis. Die bürgerliche Gesellschaft, die sich durch das energische und erfolgreiche Vorgehen der Bergarbeiterbewegung in arge Schmutzläden versetzt sieht, ist aber niemals belegen darum. Immerhin sind die Rezipie, welche dabei zur Geltung kommen sollten, doch höchst eigenartig. So ist hier allerdings etwas verspätet ein Bergmanns-Kalender auf das Jahr 1892 erschienen, der thätiglich so lothar ist, daß wir ihn unsern Lesern, theilweise wenigstens, nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Es heißt da:

„Viele Leute, namentlich unter dem Arbeiterstande, sind unzufrieden mit ihrem Loos und ihrer Lage und wägen sich recht unglücklich, weil sie Concerte und Bälle nicht besuchen, in Kassen und Equipagen nicht umherfahren können und überhaupt auf das, was man sonst in der Welt Vergnügungen nennt, verzichten müssen. O diese Thoren! In den Rathswagen wird vielfach das größte Kreuz, das schwerste Leid umhergeführt und auf Concerten und Bällen wird unter der äußeren Maske häufig so unendlich viel Genuß, Eiferfug und Mißgunst verborgen gehalten, von welchen in den meisten Fällen Niemand etwas weiß, als nur der Beihelste selbst. Und ein solches heimliches Kreuz brüht am schwersten, ein solcher stiller Jammer wird zu einer fürchterlichen Plage, weil Niemand in der Welt ein Wort des Trostes, ein Wort der Theilnahme einlegen kann, denn der äußere Schein muß den Jammer verdecken. Das höchste irdische Gut besteht darum nicht in Reichthum und Ehrenstellen, nicht in Vergnügungen und Ausfahrten, auch nicht in äußerem Schein und Glanz. Das höchste Gut ist die Zufriedenheit, — Zufriedenheit! Ein einfaches Wort und doch umfaßt es eine Fülle des Reichthums, nach welcher Millionen und Millionen vergeblich sich sehnen. Sei Dir, mein Freund, soll und darf sie nicht fehlen, denn sie macht Dir die Arbeit leicht, verwandelt Dein Haus zu einem Paradies und streut Rosen auf Deinen Lebensweg, wo Andere Dornen wachsen sehen.“

Es ist das alte Lied, daß die „nothleidenden“ Unternehmer ihr Kreuz umgeben in Equipagen späteren fahren lassen. Soweit das auf ihrem Hochmuth Anwesenheit haben blühte, hätte man nichts dagegen einzusetzen. Anders steht es aber aus, wenn unter diesem Kreuz die schweren Seiden, denen die gedrückte Kapitalistenseele ausgesetzt ist, gemeint sein soll. Wollten sie sich diesen entziehen, nun so liegt es in ihrer Hand; sie brauchen sich nur der Arbeiter anempfohlenen Zufriedenheit zu befleißigen, brauchen nur wie diese ihren Erwerb durch ihrer Hände Arbeit zu suchen und die Ruhe und der Friede wird die Menschheit beglücken.

Dortmund. Auf die in Nr. 30 der Ztg. der deutschen Bergleute vom Redakteur und Vorstandsmittelsche Margraf aufgekommene Erwiderung blene folgendes zur Aufklärung:

Was das Schreiben des Redakteurs Margraf betrifft der letzten Mäße andrerseits, um den Dortmunder Vertrauensleuten eine andere Meinung beizubringen, muß ich bemerken, daß pp. Margraf mit keiner Silbe darauf hingewirkt, bez. versucht hat, unsere durch einen Brief an die Gesellschafter der Vertrauensmänner-Bersammlung bereits kundgegebene Meinung zu entkräften und solches auch wohl nicht fertig gebracht hätte. Die von mir einklangene Besprechung der Vertrauensleute ist überhaupt nicht eröffnet worden, da unser Standpunkt uns vollständig klar war. Wenn Margraf ferner in der Erwiderung sagt, daß Schröder von einem großen Vertrauensbrüche gesprochen und hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens sei, so kann ich demselben nur mit-

theilen, daß dieses auch die Ansicht der Vertrauensleute von Dortmund und Umgegend ist. — Denn wenn ein Artikel, der speziell für die „Bergarbeiter-Zeitung“ eingesandt, vor Erscheinen derselben durch die „Volksstimme“ usw. vorher zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, so weiß ich für eine derartige Handlungsweise seitens der Druckfirma keinen andern Ausdruck zu finden als den „grober Vertrauensbruch.“ Eine angebliche Besprechungsführung von Bergleuten aus dem Dortmunder Kreis kann überhaupt nicht stattgefunden haben, da Bergleute aus dem hiesigen Kreis keine Ahnung von der Abhaltung der Announce und Anberaumung der Vertrauensmänner-Besprechung bis zum Erscheinen des Verbandsorgans haben konnten, da lediglich meine Person aus eigener Initiative die Besprechung einberufen hatte. Die angebliche Besprechungsführung der Dortmunder Bergleute ist nur eitel Fiktion und soll nur dazu dienen, den begangenen Vertrauensbruch der Druckfirma zu vertuschen.

Den vom Vorstehenden den Vertrauensmännerbesprechungen gegenüber eingenommenen Standpunkt kann ich nur für gerechtfertigt erklären.

Dortmund, 24. Juli 1892.
Mit Glückwunsch!
Fr. Meibert.

Stodum. Schnell tritt der Tod den Menschen an. Am 13. Juli erlitt der frühere Bergmann, spätere Händler Philipp Berendes in Folge eines Sturzes einen so schweren Unfall, daß er bereits am 14. d. Mts. den davon getragenen Leiden erlag. Der so früh dem Leben Entzogene war ein allzeit treuer Genosse und stets unermüdet thätig für das Streben nach Verbesserung der Lage der Bergarbeiterschaft.

Seit dem Jahre 1877/78 stand er in der Bewegung und blieb trotz mannigfacher Mäßregelung und der bittersten Widerwärtigkeiten unangefochten unserer Fahne treu bis in den Tod. Am Sonntag, den 17. fand die Beerdigung dieses bewährten Kämpfers für Wahrheit und Recht unter sehr starker Theilnahme statt. Wohl an 1000 Personen waren gekommen, dem geschiedenen Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Es war eine Reihe der prächtigsten Kränze gewidmet, aber sie durften das Grab des Toten nicht schmücken, weil die Angehörigen diese Gaben zurückwiesen. Sie sollen das in Folge Beeinträchtigung seitens der Geistlichkeit gethan haben, und es mag sie zu diesem Schritt auch die Furcht getrieben haben, wenn sie die Kränze mit den rothen Schleifen habe, später auf Schritt und Tritt verfolgt und geschädigt zu werden. Es wäre in der „besten der Welten“ nicht zu verwundern, wenn Druß und Drohung Mutter und Kinder zwingen, die wahre Ueberzeugung ihres Gatten und Vaters mit Fäßen zu treten, bis um später nicht zu verhungern. Es wurde auch gesagt, Berendes habe sich kurz vor seinem Tode bekehrt und habe die Sozialdemokratie abgeschworen. Gesagt werden kann das leicht, aber wer von den Genossen, der die Ueberzeugungsfestigkeit Berendes kannte, glaubt es? Wir werden dem Verstorbenen, der dem Vordringen der Arbeiterbewegung in Stodum und Umgegend so trüfflich vorgearbeitet hat, ein dauerndes Andenken bewahren, auch wenn es wahr wäre, daß er in seiner Todesstunde ein Wort gesagt hätte, welches im Leben nie von seinen Lippen gekommen wäre. Möge ihm die Erde leicht sein!

Seben. Auf Bege „Helene“ wurden jeden Monat bis jetzt mehr oder weniger Bergleute gekündigt, so auch in diesem wieder 24 Kameraden, welche schon am 13. in der Kasse angeschlagen waren. Man denke sich, daß von den Kameraden, welche im Juni gekündigt waren, verschiedene wieder da bleiben konnten. Das verführte ihnen der Obersteiger, und führen sie auch am 1. Juli Morgens an, mußten sich jedoch des Mittags melden, abermals ihre Absicht zu erklären. Auf genannter Bege ist es schon modern, daß mit jedem Tage neue Strafen und Lohnabzüge angeschlagen werden. Jüngstliche Arbeiter bis zum 16. Jahr erhalten vom 15. Juli ab 1 Mark pro Schicht (man könnte sagen pro Tag). Schleppe und Schichtlohnern wird vom 15. Juli an der Lohn zu dem Minimallohn von 2 Mark reduziert. Reparaturhauer erhalten von jetzt an 2,50 M., Zimmerhauer bis zu 2,80 M. Nun das geht schon hauptsächlich dann, wenn jede Woche ein oder zwei Schichten wegen Mangel an Absatz gefeiert werden müssen. Das Gedinge war schon so wie so genug heruntergedrückt, so daß mancher das nicht verdient hat, was er zur Nothdurft nur nötig hatte. Jetzt steht aus geschlagen, daß jeder Hauer in den Strebschleibern dafür zu sorgen hat, daß er die Kosten mehr in Säcken liefert und zwar soll das auf folgende Art geschehen. Jede Kanne soll mit Bretern angelegt werden und wenn sie voll ist, so werden die Bretter gelöst. So geht es einer bis zur andern, bis sie unten sind und das alles für 55 Pfennig den 14 Schöffel Wagen. In einer Bekanntmachung heißt es: In den Strebschleibern werden 55 Pf. pro Wagen gezahlt. Jedoch wer durchschnittlich 7 Wagen pro Mann die Schicht liefert, bekommt 60 Pf., davon wird den Bergverlegern (Steinschleppern) der Lohn gekürzt. Für Firststempel giebt es 25 Pf. Auch die Bahn muß der Hauer vor allem unentgeltlich gut im Stande halten. Also feiern, schlechter Lohn, und ebensolche Behandlung, aber viele und gute Kosten liefern, daß ist der Grundlag jener Herren.

Saarrevier. Wie es gemacht wird, um die gewerkschaftliche Bewegung in konfessionelle Bahnen zu lenken und dadurch zu zersplittern und zu versumpfen, beweist folgendes an die Geistlichen gerichtete vertrauliche Rundschreiben der Centrale des Volksvereins für das katholische Deutschland. Es lautet:

Centralstelle
des Volksvereins für das kath. Deutschland.
M. Glabach, den 12. Juli 1892.

Vertraulich!

Hochgeehrter Herr!
Von der Ueberzeugung geleitet, daß der von den Geistlichen Bergleuten an der Saar gegen den sozialdemokratischen Vorstand des Reichs-Katholikvereins geführte Kampf einer energischen Unterstützung bedarf und daß bei einer Niederlage ihrerseits die dortige Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Parteilichkeit in die Hände fallen müßte, hat der Vorstand des Volksvereins für das katholische Deutsch-

Die Mitglieder wollen die rückständigen und fälligen Beiträge pünktlicher als bisher bei den Bote zahlen. Ich nimmt der Bote täglich zu jeder Zeit in seiner Wohnung Beiträge: Erklärungen und Beiträge entgegen.
Der Beiträger: **mann.**